



GÖTTINGER BLÄTTER

Februar
2025

BSW im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GöLinke

Die Bundestagswahlen werfen Schatten ...

Auf mehreren Seiten der diesmonatigen Ausgaben finden sich einige Aussagen zur BTW am 23. Februar. Hier möchten wir die geplanten Aktionen des Göttinger Friedensforum ankündigen, das an den letzten drei Samstagen vor der Wahl am Gänselesel „teilnehmen“ wird:

Kein Sozialabbau zugunsten von Rüstungs-Milliarden – friedensstüchtig werden!

So lautet die Überschrift des flyers, den die Aktiven des Forums vor den Info-Ständen der Parteien am Gänselesels verteilen werden. Wir zitieren hierzu einige Ausschnitte:

„Die von Bundeskanzler Scholz Anfang 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ ist vor allem ein viele Milliarden schweres Aufrüstungsprogramm.

Nein zur Aufrüstung!

**100 Mrd. Euro
für Soziales
statt für
Waffen**



Göttingen – das sog. Haushaltssicherungskonzept (HSK) – haben sich Ende letzten Jahres zivilgesellschaftliche Initiativen mit massiven Protesten gewehrt.

Angesichts eines 10fach größeren Militäretats der Nato-Staaten gegenüber Russland

auch in den Kommunen schmerzlich bemerkbar, wo Gelder fehlen und Infrastruktur, Kultur und soziale Projekte auf der Strecke bleiben. Gegen die geplanten Etat Kürzungen der Stadt

folgt Greenpeace in einer Studie vom November 2024, es gebe „keine Notwendigkeit, in Deutschland die Militärausgaben weiter und dauerhaft zu erhöhen“ und dazu Kürzungen in „essenziellen

„Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher.

Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexplosion und Inflation stark belastet wurde.“

(Christoph Butterwegge, emeritierter Politikprofessor, 22.12.2023)

Mit Blick auf die bevorstehenden Neuwahlen zum Bundestag spitzt sich die Debatte um die Aufstockung des deutschen Militärhaushalts zu. Nachdem der Bundestag 2022 einen 100-Milliarden-Aufrüstungskredit (das sog. „Sondervermögen“) beschlossen hat, schlägt Verteidigungsminister Boris Pistorius eine Aufstockung des Bundeswehretats auf bis zu 3,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts vor. Aktuell wären dies über 140 Milliarden Euro.

„Butter statt Kanonen“ – Gegen Sozialabbau und Kriegspolitik

Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Kriegspolitik. Jeder Euro, der für Aufrüstung und „Kriegstüchtigkeit“ ausgegeben wird, fehlt bei den Sozialausgaben.

Einsparungen zugunsten von Rüstungs-Milliarden im Bundes-Haushalt machen sich

Bereichen wie Soziales, Bildung oder ökologische Transformation“ vorzunehmen. Eine andere Zeitenwende sei dringend erforderlich, so das Fazit der Umweltorganisation. (Greenpeace, Hamburg, November 2024) Profiteure der Militarisation sind besonders die Aktionäre der deutschen Rüstungskonzerne, die als weltweit fünftgrößte Waffenexporteure am blutigen Geschäft der Kriege verdienen.

Deshalb: Augen auf bei der Bundestagswahl!

Wählt keine Partei, die den bisherigen Kriegskurs unterstützt!

Wählt keine neofaschistischen Parteien!“

Im Internet:

<https://www.goettinger-linke.de/1532-2/>

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Bundestagswahl	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobrian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2025

ist der 20. Februar

Auslieferung vorraussichtlich am 26.02.2025

Veranstaltungskalender

Fr, 7. Februar, 18.00 Uhr, Rotes Zentrum Lg. Geismarstr. 3

Wie Palästina von der Landkarte verschwinden soll.Mit: Dr. phil. Arne Andersen Historiker

Fr, 21. Februar, 19.00 Uhr, Buchladen Rote Str., Nikolai-kirchhof 7

Buchlesung: Swinging Bremen
Mit: Birgit Tillmann Köhler, Autorin, HB

Fr, 7. März, 19:00 Uhr, Verdi-Geschäftsstelle Groner Tor

Film über Minna Fasshauer,
Erste Volkskommissarin für Volksbildung und Wohlfahrt in der Räte-republik Braunschweiger Land



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Bombenkrieg und Swingmusik – Lesung im Buchladen Rote Straße

„Swinging Bremen – Jazzgrooves bei Luftalarm“ - Roman
zwischen heißen Rhythmen, erster Liebe, NS-Propaganda und Verrat

Bremen 1941. Obwohl die Nazis an der Macht sind und der Krieg das Leben in der Stadt immer mehr beeinflusst, wollen der 16-jährige Johnny und seine Freunde nur ihren Spaß haben – mit Jazzmusik, schicken Klamotten und flotten Tanzlokalen. Goodman statt Gleichschritt, lange Haare statt Führerschnitt – die Bremer Swingkids versuchen ihre eigenen Träume trotz HJ-Streifen und Razzien, Gestapo und Luftalarm zu verwirklichen. Doch ihre Liebe zur amerikanischen Musik und die Abneigung gegen das NS-Regime bringen sie unweigerlich in Gefahr.

Als Historikerin an der Bremer Universität hat sich Birgit Köhler intensiv mit dem Nationalsozialismus und den rebellischen Jugendlichen beschäftigt, die mitten im Dritten Reich lieber Swingmusik hörten und einen anglophilen Lebensstil pflegten. Aus Zeitzeugeninterviews, die Birgit Köhler für ihre Magisterarbeit geführt hat, ist jetzt ein fiktiver historischer Roman geworden. Die Erinnerungen dieser Kriegsgeneration an den Versuch, ein ziviles jugendliches Leben inmitten der NS-Diktatur zu leben, wird hier auf ungewöhnliche Art zum Klingen gebracht. Eine

erstmalig erzählte Geschichte aus der Geschichte.

Angesiedelt ist der Roman zwischen Jugendbuch, Zeitgeschichte und Bremen-sie. Die Autorin möchte damit sowohl die junge Gene-

Termine

Dienstag, 18.02.2025, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelm-
platz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.



ration heute ansprechen als auch all jene, die die Erinnerungen ihrer Eltern oder Großeltern einordnen möchten, jene, die Interesse an Bremer Geschichte und Geschichten haben, und jene, die die Musik von Benny Goodman, Glenn Miller und Co. noch heute gern hören und danach tanzen

Auf Einladung des VVN-BdA Göttingen und in Kooperation mit der Gedenkstätte Moringen liest **Birgit Köhler** am **21. Februar 2025** aus „Swinging Bremen – Jazzgrooves bei Luftalarm“.

Beginn: **19 Uhr, Buchladen Rote Straße, Nikolai-**
kirchhof 7, 37073 Göttingen.

Das Buch ist erschienen im KellnerVerlag,
ISBN 9783956514456,
15 Euro.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

11. Februar, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



USA streichen Kuba von ihrer Terrorismusliste

Die Pressemitteilung des Vorstands des Netzwerk Cuba e.V.

US-Präsident Joe Biden hat wenige Tage vor Ende seiner Amtszeit dem US-Kongress mitgeteilt, Kuba von der berüchtigten US-Liste der Terrorismus-Unterstützer (SSOT) zu streichen. Auch beabsichtigt er, zwei weitere umstrittene Maßnahmen zu beenden, die sein Amtsnachfolger Trump während seiner 1. Amtszeit 2021 gegen Kuba verhängt hatte. Das ist einerseits eine Klagemöglichkeit für US-Bürger, deren früheres Eigentum in Kuba nun von anderen Unternehmen genutzt wird, und andererseits eine Liste von Hotels und ähnlichen Einrichtungen, die zu nutzen für US-Bürger verboten waren.

Hierzu sagte ein hochrangiger Regierungsvertreter in Washington, es gebe „derzeit keine glaubwürdigen Beweise für eine anhaltende Unterstützung des internationalen Terrorismus durch Kuba“. Dies war allerdings bereits klar, als Trump Kuba auf diese SSOT-Liste setzen ließ. Für Kuba hat die Streichung nun zur Folge, dass wieder Geldüberweisungen und Zahlungen mit Bezug zu

Kuba weitgehend möglich werden. Sie waren zuvor von den USA global blockiert bzw. kriminalisiert worden. Damit wird eine wesentliche Ursache für die äußerst prekäre sozioökonomische Lage in Kuba eliminiert, weil nun Zahlungen für Öllieferungen und zahlreiche andere Importe sowie Exporte wieder möglich werden.

In letzter Zeit waren die weltweiten Forderungen nach Streichung Kubas von der US-Terrorliste immer lauter geworden. Kubas Staatspräsident Díaz-Canel äußerte nun am 14.1.2025: „Es ist eine Entscheidung in die richtige Richtung, wenn auch verspätet und mit begrenzter Tragweite. Die Blockade und die meisten der extremen Maßnahmen, die seit 2017 eingeführt wurden, um die kubanische Wirtschaft zu ersticken und unserem Volk Mangel zu bereiten, bleiben bestehen“. So bleibe es US-Bürgern weiterhin verboten, Urlaub in Kuba zu machen. Gleichzeitig aber werde Kuba nicht aufgeben, eine zivilisierte Beziehung mit den USA zu entwickeln.

Unterdessen wurde von kubanischer Seite auch darauf verwiesen, dass die kommenden Maßnahmen der Biden-Administration in Zukunft rückgängig machen könnte, wie dies bereits bei anderen Gelegenheiten geschehen sei. Zeitgleich erfolgte die Veröffentlichung des kubanischen Außenministeriums über die guten Kontakte mit Papst Franziskus in Verbindung mit dem von ihm proklamierten Heiligen Jahr 2025, und der schrittweisen Freilassung von mehr als 500 rechtmäßig verurteilten Häftlingen in Kuba. Zugleich dankte Bruno Rodríguez, der kubanische Außenminister „allen Regierungen, multilateralen und regionalen Gremien, religiösen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Solidaritätsgruppen und im Ausland lebenden Kubanern“ für deren Unterstützung. Zugleich bittet er sie, Kuba „weiterhin zu unterstützen, bis die Blockade endlich aufgehoben wird.“



Kommunistische Partei Chinas: „Wir fordern die vollständige Aufhebung der Blockade und der Sanktionen gegen Kuba“

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) verurteilte die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die die Vereinigten Staaten seit mehr als sechs Jahrzehnten gegen Kuba verhängt haben

Autor: Redacción Internacional | informacion@granmai.cu

Der Sprecher der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Hu Zhaoming, betonte Chinas Verurteilung der Blockade und der Sanktionen gegen Kuba, die er als Verletzung grundlegender internationaler Gesetze und Prinzipien und als Verstoß gegen die grundlegenden Menschenrechte der Bevölkerung des Archipels bezeichnete. In der im sozialen Netzwerk X veröffent-

lichten Botschaft forderte er die USA auf, ihre Beziehungen zu Kuba im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den internationalen Normen zu normalisieren und die Differenzen durch Dialog und Verhandlungen zu lösen. Er betonte die Vorteile, die eine Normalisierung für beide Nationen, für ihre Völker und für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in Lateinamerika

mit sich bringen würde.

In demselben sozialen Netzwerk dankte Emilio Lozada García, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), der KPCh für ihre Erklärungen und ihre entschiedene Ablehnung der Blockade und hob den beispielhaften Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Parteien hervor

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



Es geht nicht ohne Kriegskredite

Parteien streiten über die Finanzierung von Waffenlieferungen und Hochrüstung

Artikel aus „Unsere Zeit“ vom 24. Januar 2025

In der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes überbieten sich die bürgerlichen Parteien mit immer neuen Aufrüstungsforderungen. Waren Wahlversprechen in der Vergangenheit noch dazu angetan, die Bevölkerung über kommende Wohltaten zu belügen, dreht sich inzwischen alles um den Krieg gegen Russland. Bis auf wenige Ausnahmen herrscht Einigkeit darüber, dass er ausgeweitet werden soll. Öffentlichkeitswirksam gestritten wird über die Frage, wie die dafür notwendige Ausplünderung der Bevölkerung am besten zu bewerkstelligen ist.

In den Umfragen hat derzeit mit der CDU eine Kraft die Nase vorn, die sich bedingungslos für die Kriegseskalation und den sozialen Kahlschlag engagiert. Es war auch nicht zu erwarten, dass die nur schwer verdauliche Mischung aus Ampel-Theater, ökonomischem Niedergang und „Zeitenwende“-Propaganda spurlos an den Wählerinnen und Wählern vorbeigehen würde. So lässt sich vielleicht auch erklären, dass sich die Grünen über stabil zweistellige Umfragewerte zwischen 13 und 15 Prozent freuen können.

Damit das auch so bleibt, versuchen die Grünen möglichst viel Abstand zwischen sich und die strauchelnde Kanzler-Partei SPD zu bringen. Im Gespräch mit „Politico“ warnte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) davor, dass die Ukraine das Zutrauen in die europäischen Verbündeten verlieren könne. „Dieses Vertrauen darf nicht erneut durch Zögern beschädigt werden, das bei anderen Ländern die Befürchtung auslösen könnte, dass Deutschland ihnen nicht zur Seite steht“, sagte sie dem Magazin und teilte damit einen Seitenhieb auf Olaf Scholz (SPD) aus. Auslöser des Streits war die Forderung von Scholz, die drei Milliarden Euro für das nächste Waffenpaket an die Ukraine von einer Aussetzung der Schuldenbremse abhängig zu machen. Anstelle einer Kreditfinanzierung fordern Union, FDP und Grüne die Bereitstellung des Geldes als außerplanmäßige Ausgabe aus dem Bundeshaushalt. Die SPD, die sonst nichts gegen die Verlängerung des Schlachtens in der Ukraine vorzubringen hat, warnt davor, dass dann an anderer Stelle gekürzt werden müsste.

Waffenschieber unter sich, könnte man meinen, und das Ganze als Wahlkampf-

scharmützel abtun. Doch hinter der Auseinandersetzung um die nächste Lieferung verbergen sich ernsthafte strategische Probleme. Bekannt ist, dass die Bundesrepublik anstrebt, bis zum Jahr 2029 „kriegstüchtig“ zu sein. Das hat weniger mit einem befürchteten Angriff Russlands, sondern mehr mit der Herstellung von eigenen Angriffsfähigkeiten im Rahmen der NATO zu tun. Auf dem Weg dahin läuft ein regelrechter Überbietungswettbewerb zwischen den Parteien. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) fordert, künftig 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung auszugeben. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel kann sich auch 5 Prozent oder mehr vorstellen.

Und die SPD? Verlässt sich auf Kriegsminister Boris Pistorius. Der forderte in der „Süddeutschen Zeitung“ vor wenigen Tagen eine Erhöhung des Wehretats um mindestens 30 Milliarden Euro, um die Kriegsausgaben bei einer Untergrenze von 85 Milliarden zu stabilisieren, sobald das „Sondervermögen“ ausgegeben ist. Darüber hinaus



setzte sich der Minister für die Aufstellung eines „Zehnjahresplans“ ein. Mit Blick auf moderne Technologien, Drohnen und Kriegführung mittels „Künstlicher Intelligenz“ werde „sehr schnell klar, dass wir bis Mitte der 30er Jahre nach dem heutigen Preisniveau 130 bis 150 Milliarden Euro werden ausgeben müssen, nur für Investitionen in Rüstung und Verteidigung“, so Pistorius. Je näher der Wahltermin rückt, umso mehr drängt sich die Finanzierungsfrage in den Vordergrund. Die Frage „Butter oder Kano-

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 02. Februar

Dienstag, 14. Februar

Die Themen der Versammlungen standen zum Redaktionsschluss noch nicht fest

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

nen?“ spielt dabei nur noch oberflächlich eine Rolle. Wer es ernsthaft auf „Kriegstüchtigkeit“ gegen Russland anlegt, braucht sehr viel mehr Geld als häufig suggeriert. Anders als in den USA habe sich in Europa „eine Ausgabenpraxis verfestigt, bei der die Sozialausgaben um den Faktor 3 bis 4 größer sind als der Haushalt für Verteidigung“, war kürzlich in der Zeitschrift „Internationale Politik“ zu lesen. „Rein theoretisch könnte man dieses Verhältnis zugunsten des Militärs verschieben“, setzte das Blatt fort, das vom NATO-Thinktank „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ herausgegeben wird. Das würde aber einerseits zu „erheblichem Widerstand“ und „Reputationsverlust“ für die Regierung führen. Andererseits „könnte auch maximales Sparen im Haushalt wohl nicht das Volumen erbringen, das man über lange Zeit für eine echte strategische Ertüchtigung des Landes benötigen würde“.

Als Ausweg bleibt dann wieder eine Umgehung der Schuldenbremse, die vor allem FDP und Union derzeit verteuflern. Alternativ könnte der deutsche Imperialismus versuchen, seine Vormachtstellung in der EU auszubauen und die Kriegskosten auf diese Ebene zu verlagern. Die Behauptungen des konservativen Lagers, die Hochrüstung lasse sich ohne neue Kriegskredite auf den Weg bringen, ist genauso absurd wie die SPD-Vorstellung von „Butter und Kanonen“. Was sich im Wahlkampf als gewöhnlicher Wettstreit im politischen Auf und Ab darstellt, ist in Wahrheit das Setzen von unterschiedlichen Akzenten innerhalb eines einheitlichen Prozesses: Eines reaktionär-militaristischen Staatsumbaus, der sich auch auf der Ebene der Haushaltspolitik vollzieht. Oder wie es in der Zeitschrift „Internationale Politik“ heißt: „Die zeitlosen Gesetze politischer und militärischer Macht sind nicht außer Kraft gesetzt. (...) Die Stärke, die zu machtvoller Verteidigung und notfalls robuster Durchsetzung eigener Interessen befähigt, muss bezahlt werden.“

(vc)

GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

LEG erneut bei Falschabrechnungen erwischt

Auch in den Nebenkosten 2023 hat die LEG wieder „Fehler“ gemacht. Die Mitglieder der „Prüfgemeinschaft 2022“ und Grobiane haben bei der Kontrolle der neuen Abrechnungen, die im Dezember des vergangenen Jahres bei den Mieter*innen eintrudelten, diesen Rechenfehler

Es kamen Mieter*innen, die Nachzahlungen hatten, aber auch Mieter*innen, die Rückzahlungen zu erwarten haben: Bei der Prüfung stellte sich heraus, dass die neuen Nebenkostenzahlungen auf einer falschen Grundlage berechnet wurden. Tatsächlich hat die LEG die gestundeten Forderungen aus dem Jahr 2022 zur Grundlage ihrer Berechnung genommen. Dies war auch in einem Artikel des GT nachzulesen. Daraufhin bemüßigte sich der Sprecher der LEG mittels des GT zu behaupten, dass die Prüfgemeinschaft die Unwahrheit behauptete. Aber die Prüfgemeinschaft konnte ihre Behauptung belegen und die LEG hat nun zugegeben, dass hier ein „Fehler“ gemacht wurde. Nun gibt es flächendeckend neue Berechnungen der Nebenkostenvorauszahlungen.

Die LEG bedient sich offenbar inzwischen der Expertise der Prüfgemeinschaft, was ja dazu führen müsste, dass

diese von der LEG bezahlt werden sollten. Der Skandal: Das Mieter*innenbüro der LEG in der Deisterstraße wimmelt Rat-suchende ab, weil das dort vorhandene Personal keinen Einblick in Abrechnungen habe. Die Mieter waren als erneut erfolgreich. Die LEG läuft in Grone nur noch gegen eine Wand.

Merke: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.



Winterkino Grone: Nächster Termin: 14. Februar 2025 „Ein ganzes Leben“

Erzählt wird die Lebensgeschichte des Hilfsarbeiters Andreas Egger, der Anfang des 20. Jahrhunderts als Waisenkind in den Alpen auf den Hof von Hubert Kranzstocker kommt. Der gottesfürchtige, aber gewalttätige Bauer sieht in Egger lediglich eine billige Hilfskraft. Später nimmt der mittlerweile erwachsene Egger eine Anstellung bei einem Arbeitstrupp an, der eine der ersten Seilbahnen baut.

Mit dem Ersparten pachtet er eine Holzhütte in den Bergen für sich und seine große Liebe. Knapp entgeht er einer Lawine, die Marie und das Anwesen verschüttet. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wird Andreas eingezogen. Nach der russischen Kriegsgefangenschaft kehrt er ins Tal zurück. Im Laufe der Zeit wird er damit konfrontiert, wie sich das Bergbauerdorf zu einer modernen Tourismusdestination verwandelt. Er zieht sich zurück und lebt in Einsamkeit.

19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstr. (Eingang an der Bushaltestelle)

Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn: 19.00 Uhr

Saal und Sanitäranlagen sind rollstuhlgerecht zu erreichen.



BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag berät Haushalt – Kommunalfinanzen vor dem Kollaps?

Zur Kreistagssitzung am 8. Januar wurde durch den Landrat der Doppelhaushalt für 2025 und 2026 eingebracht. Eine solche Einbringung findet stets ohne weitere Debatte statt, diese erfolgt in den Wochen vor der nächsten Kreistagssitzung in den Ausschüssen, wo dann auch regelmäßig durch unsere Fraktion Änderungsanträge eingebracht werden.

Landrat Marcel Riethig (SPD) kündigte in seiner Rede für die kommenden Jahre düstere Zeiten an. Bereits im Ansatz für das Jahr 2025 sind im Entwurf fast 20 Millionen Euro als Defizit eingeplant, im Ansatz für 2026 sind es dann schon über 30 Millionen. Noch trüber werden die Zahlen, wenn die mittelfristige Finanzplanung bis 2029 betrachtet wird: bis dahin erwartet der Landkreis Göttingen ein Minus von rund 188 Millionen Euro.

Nachdem wir also jahrelang mit Zukunftsverträgen und strengen Obergrenzen bei den freiwilligen Leistungen gequält wurden, müssen wir nun erkennen, dass diese als „Haushaltsdisziplin“ durchgezogene Politik völlig für die Katz war – oder zumindest nicht dazu beiträgt, nachhaltige Wirkungen zu entfalten.

Woher kommen die finanziellen Probleme? Landrat Marcel Riethig dazu: „Sie sind jedenfalls nicht durch den Landkreis verschuldet..... Auch der Ukraine-Krieg und die Inflation sind nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Es ist die Finanzausstattung der kommunalen Ebene, die nicht stimmt.“ Die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren in Niedersachsen würden sogar steigen. Der einzige wirkliche Grund sei darin zu sehen, dass das Land nicht ausreichend für die Kommunen Sorge. Und es sei in diesem Zusammenhang gleichgültig, wer in Hannover das Sagen habe.

Bereits in diesem Jahr werde das Defizit deutlich die Höhe der freiwilligen Leistungen übertreffen (19 zu 13 Millionen). Gleichwohl wurde angekündigt, weiter „antizyklisch zu investieren“, denn die Zukunftsfähigkeit des Landkreises sei wichtiger als eine „schwarze Null“ – eine Grundhaltung, die auch von uns unterstützt wird, denn die neoliberale Zerstörung öffentlicher Infrastruktur wird viele Jahre kräftige Investitionen erfordern, um zumindest ansatzweise behoben zu werden. Auch die Kreisumlage solle nicht erhöht werden, so der Landrat.

Weitere Erläuterungen kamen im Anschluss noch von der zuständigen Dezernentin. Diese zeigte zwar auf, dass in den letzten Jahren die Defizite tatsächlich oft kleiner waren als zuvor im Haushaltsplan veranschlagt wurde, hierbei handele es sich aber nur um relativ kleine Beträge, jedenfalls im Vergleich zu dem, was in den nächsten Jahren auf den Landkreis zukomme. Hier wies sie zudem auf weitere Risiken hin, wobei sich die Auswirkungen in ihrer Höhe noch gar nicht abschätzen ließen. So sei durch steigende Defizite mit höheren Zinslasten zu rechnen; die Höhe der Schlüsselzuweisungen durch die Ergebnisse des letzten Zensus seien unklar; es sei mit weiteren Aufgabenübertragungen durch das Land und den Bund zu rechnen, für die keine auskömmliche Finanzierung gewährleistet werde; weiterhin sei ungewiss, ob die Inflation nicht wieder anziehe und allgemein mit stärkeren Tarifsteigerungen zu rechnen sei.

Welches Fazit lässt sich daraus für unsere Arbeit im Kreistag ziehen? Wenn es nicht in der Hand des Landkreises oder der Kommunen überhaupt liegt, für eine solide Finanzplanung zu sorgen, können die laufenden Haushaltsberatungen auch nicht im Ansatz eine

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

*Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr*



Lösung herbeiführen. Demgemäß werden wir auch unsere gewohnte Linie beibehalten und aus unserer Sicht förderungswürdige Projekt unterstützen. Einer Kahlschlagpolitik, die am Ende nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet, werden wir uns entgegenstellen.

Eigentlich muss der Landkreis bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt wie bis zum Jahr 2016 ein Haushalts-sicherungskonzept aufstellen. Darauf kann verzichtet werden, wenn „der Fehlbetrag auf Folgen des Krieges in der Ukraine zurückzuführen ist.“ Mit deutlicher Mehrheit gegen CDU und FDP wurde dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, davon Gebrauch zu machen. Eckhard Fascher wies in seiner Rede auf die ähnliche Situation in der Wahlperiode zwischen 2006 und 2011 hin: Hier wurde in den Sicherungskonzepten mit zahlreichen Sparmaßnahmen und Stellenabbau als Jahr des Haushaltsausgleichs 2050 genannt. Die Beteiligten glaubten schon damals nicht so recht an die Wirkung des Sparkonzepts.

Im Jahr 2016 war der Landkreis dann nach der Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode durch das Land entschuldet worden.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger **Linke**

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

KEINE MIETERSTIMME FÜR DIE AfD!

WOHNUNGSPOLITISCHE ARGUMENTE GEGEN DIE RECHTSPOPULISTEN

Den folgenden Text, den wir inhaltlich unterstützen, übernahmen wir vom MieterInnenverein Witten u. Umg. e.V.

Die wenigen "wohnungspolitischen" Aussagen der AfD sind konfus und teilweise absurd. Die AfD verwechselt und vermengt Begriffe. Statt auf Fakten und Argumente setzt sie auf Vorurteile. Lassen wir die Konfusion beiseite, vertritt die AfD im Kern zwei ideologische Meinungen: Es gibt zu viele Beschränkungen für das Privateigentum; EinwanderInnen nehmen den „Deutschen“ die Wohnungen weg. Beide Positionen stehen in einem krassen Gegensatz zu den Zielen und Interessen des MieterInnenvereins.

Die Forderungen der AfD nach weniger Mieterschutz und Mietpreiskontrolle, nach Abschaffung des Sozialen Wohnungsbaus und nach Privatisierung kommunaler Wohnungen richten sich direkt gegen die Interessen der Mieterinnen und Mieter. Menschen mit geringem Vermögen sind auf rechtliche Mietenbeschränkungen und öffentlich kontrollierte Mietwohnungen angewiesen. Wenn wir heute in Witten so viel mit extrem renditeorientierten Vermietungskonzernen wie Vonovia und LEG zu kämpfen haben, liegt das daran, dass unsere Werkwohnungen, das landeseigene Wohnungsunternehmen und kommunale Wohnungen vor 20 Jahren privatisiert wurden. Aus guten Gründen haben wir das von Anfang an bekämpft, leider nur zum Teil mit Erfolg. Die AfD will diese katastrophale Politik fortsetzen und radikalieren. Sie will, dass die verbliebenen kommunalen Wohnungen den Mieterinnen und Mietern zu Verkauf angeboten werden. Das mag für den ein oder anderen auf den ersten Blick verlockend klingen. Aber wer versorgt die Menschen mit geringem Einkommen, wenn wir keine kommunale Wohnungsunternehmen mehr haben? Ein Blick nach England, wo Maggie Thatcher schon in den 70er Jahren mit diesem Ausverkauf begonnen hat, zeigt uns, wie extrem die Wohnungsnot

wachsen kann. Und aus der Finanzkrise 2008 konnte mal lernen, wohin es führt, wenn man Menschen mit geringem Einkommen für Eigenheime in die Verschuldung treibt.

Die zweite Parole der AfD, die EinwanderInnen sollen verschwinden, richtet sich gegen einen Teil der Menschen, die zur Miete wohnen, oder die vor Verfolgung, Krieg und Not zu uns fliehen. Es sind unsere Nachbarinnen und Nachbarn, unsere Mitglieder. Die AfD versucht unsere Gesellschaft und Stadtviertel spalten, noch mehr, als sie es zum Teil schon sind. Dazu sagen wir: Jeder Mensch, egal wo er herkommt, hat ein Recht auf eine Wohnung. Es ist ein international anerkanntes Menschenrecht. Es ist die Grundlage, auf der der MieterInnenverein Witten arbeitet.

Wir organisieren und vertreten die Interessen aller Mieterinnen und Mieter. Dafür müssen wir uns gegen die Macht und die Interessen großer Wohnungskonzerne und Privateigentümer verbünden. Für die ist die Wohnung nicht Gegenstand eines Rechts, sondern eine Finanzanlage. Für Dividenden und Zinsen sollen die Mieterinnen und Mieter ausgepresst werden wie Zitronen. Egal wo wir herkommen: Uns gegen die Macht der Großvermieter zu wehren, geringere Mietsteigerungen und eine bessere Wohnungsbewirtschaftung durchzusetzen ist unser gemeinsames Interesse. Wir müssen zusammenhal-

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Götinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange-Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:

Sylke Jarosch, Jost Lessmann, Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Gülsan Yalzin

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Götinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Olli Preuß
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 – 12:00 Uhr
Mi: 13:00 – 16:30 Uhr
Do: 10:00 – 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 – 18.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger*innen:

Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Nornia Marcienkiwicz,
Torsten Wucherpfennig

ten, weil wir einen gemeinsamen Gegner haben. Das nennt man Solidarität. Es gibt einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Auftrag der Mieterorganisation und den Vorstellungen der AfD oder anderer Rechtsextremer. Die Umsetzung der Vorstellungen der AfD würde Menschen mit und ohne „Migrationshintergrund“ aus ihren Wohnungen vertreiben. Das wollen wir in Zukunft verstärkt deutlich machen.

**MIETER*INNEN
GEGEN RECHTS**

Vorstellung der Fraktion



Jost Leßmann

Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linke Ratsfraktion. Jost vertritt die Fraktion im Verwaltungsausschuss; Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität sowie im Betriebsausschuss Umweltdienste. Außerdem ist er im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GWG) und im Aufsichtsrat Seniorenzentrum.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Mi: 10:00 - 12:00 Uhr

14:00 - 16:30 Uhr

Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)



Nornia Marcinkiewicz

Nornia vertritt die Fraktion im Ausschuss für Soziales, Integration, Gesundheit und Wohnungsbau, im Ausschuss Personal, Gleichstellung und Inklusion für sowie im Schulausschuss.

Torsten Wucherpennig

Torsten vertritt die Fraktion im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung; im Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und allg. Verwaltungsangelegenheiten, im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft und im Sportausschuss. Außerdem ist er im Betriebsausschuss der Stadthalle.



Außerdem vertritt Nicole Born die Fraktion stimmberechtigt im Jugendhilfeausschuss. Udo Trost ist für die Fraktion im Aufsichtsrat der Göttinger Verkehrsbetriebe GmbH, Hendrik Falkenberg im Verbandsversammlung Sparkassenverband und Martin Rieth im Aufsichtsrat der GÖSF. Karl-Heinz Pascuda vertritt die Fraktion im Aufsichtsrat städtische Wohnungsbau.